



Weg mit dem Verbot der PKK

Am 26. November jährt sich das PKK-Betätigungsverbot in Deutschland zum 27. Mal. Seit dem Verbotserlass durch den damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther werden nirgendwo außerhalb ihrer Heimatgebiete politisch aktive Kurd*innen einer so systematischen Repressions- und Kriminalisierungspolitik ausgesetzt wie in Deutschland.

Hintergrund ist auch der sogenannte Flüchtlingsdeal, den die deutsche Regierung mit der AKP 2015 vereinbarte. Die deutsche Repressionspolitik gegen die kurdischen Organisationen erfolgt seither noch strikter auf Zuruf Erdogans.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen islamistischen Anschlägen und dem Flüchtlingsdeal zwischen EU und Türkei

Erdogans propagierte Vision eines neo-osmanischen Reiches geht einher mit der Stärkung islamistischer Kräfte, nicht zuletzt des Islamischen Staates. Die Siege Türkei-treuer Dschihadisten in Nordsyrien, Libyen, in Berg Karabach und Teilen Rojavas (Nordsyrien) sind für die Anhänger*innen des Islamischen Staates Rückenwind, der nach Europa ausstrahlt.

Und eine europäische Antwort auf die islamistischen Terroranschläge in Paris und Wien ist es, die Grenzen noch mehr zu überwachen, sich gleichzeitig noch mehr von Erdogans Gnaden abhängig zu machen. Dabei waren die Attentäter mehrheitlich deutsche, französische und österreichische Staatsbürger.

Eine Auflösung dieser fatalen Politik kann es nur geben durch die Orientierung an den Internationalen Menschenrechten und dem Völkerrecht

Die Kurdische Arbeiterpartei PKK ist von Anfang an Partei in einem bewaffneten innerstaatlichen Konflikt, eine Befreiungsbewegung gegen ein rassistisches, kolonialistisches Regime. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Anfang des Jahres auch das Oberste Verwaltungsgericht Belgiens.

Dass Deutschland und andere EU-Staaten dieser Bewertung nicht folgen, liegt auch an ihrem aktiven Betreiben einer Flüchtlingspolitik, die jegliche Menschenrechte mit Füßen tritt.

Nur die Aufhebung des Verbotes der PKK wird den Weg für eine politische Lösung der kurdischen Frage öffnen und kurdischen Menschen wieder ihre grundlegenden politischen Rechte zurückgeben.

Im Zusammenhang eines bundesweiten Aktionstages gegen des PKK-Verbot führen wir am

**21. November 2020, 16.00 Uhr
Vor der Europa-Galerie Saarbrücken**

eine Kundgebung durch.